



Liebe Leserinnen und Leser,

die Land- und Ernährungswirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Die Branche braucht daher mehr Unterstützung seitens der Politik. In Zeiten wie diesen, muss die Ernährungssicherung in den Vordergrund rücken. Das war das zentrale Thema eines Kongresses unserer Fraktion zur Zukunft der Landwirtschaft. Dort debattierten wir mit Experten aus Politik und Verbänden über alle Aspekte, die damit in Zusammenhang stehen – von der Versorgung einer wachsenden Weltbevölkerung über die Folgen des Klimawandels und die Wünsche nach mehr Tierwohl. Die Bundesregierung muss die Weichen stellen, um jede verfügbare Ressource zur Ernährungssicherung zu nutzen.

Aber auch auf anderen Gebieten stolpert die Koalition weiter: Für das umstrittene Heizungsgesetz liegen bislang nur Leitplanken vor, die CO₂-Einsparziele werden aufgeweicht, Fördergelder für den ländlichen Raum gestrichen und die Weichen für die Fachkräfteeinwanderung falsch gestellt.

Herzliche Grüße,

Dr. Anja Weisgerber MdB



Merz zu Regierungserklärung

Koalition gibt Bild der Zerrissenheit ab

> S. 3



Fachkräfteeinwanderung

Ampel vermischt Asyl- und Arbeitsmigration

> S. 4



Auftakt für Wahlkampf

Weisgerber erneut Vorsitzende der Landkreis-CSU

> S. 9

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Heizungsverbotsgesetz von Minister Habeck

Keine Entwarnung beim Heizungsverbot

Die Ampel streitet seit Wochen über Habecks Heizungsverbotsgesetz. Schon im nächsten Jahr möchte der Minister die Gasheizungen aus vielen deutschen Heizungskellern verbannen. Nun hat die Ampel sogenannte Leitplanken vorgelegt, mit denen sie sich nun endlich aber wirklich einigen möchte. Doch die lassen mehr Fragen offen, als sie klären. Die Verunsicherung in der Bevölkerung steigt weiter.

Nach monatelangem Dauerstreit hat die Ampel ihr vermurkstes Heizungsverbotsgesetz in den Bundestag eingebracht. Doch: „Die Ankündigungen der Ampel bedeuten keine Entwarnung für die Bürgerinnen und Bürger“, bilanziert Anja Weisgerber.

Das Vorgehen zeige vielmehr die ganze Planlosigkeit und Zerrissenheit innerhalb der Ampel: Erst wurde über 30 Stunden in einem Koalitions-Ausschuss über das Heizungsverbot verhandelt, dann ein Kabinettsbeschluss herbeigeführt und jetzt wieder über Wochen verhandelt.

Herausgekommen ist nach wie vor kein Gesetzentwurf, sondern nur sogenannte Leitplanken, die eine Vielzahl von Fragen offenlassen. Das Einzige, was sehr deutlich geworden ist: Minister Habeck hat ein vollkommen ver-

murkstes und verkorkstes Gesetz vorgestellt. Immerhin findet sich das Thema Holz und Pellets jetzt wieder in den Leitplanken – das hatten wir immer eingefordert.

Die Einigung der Ampel reicht allerdings nicht aus, um die berechtigte Unruhe in der Bevölkerung zu mindern. Denn es ist weiterhin völlig unklar, wie die Förderung aussehen wird, wer betroffen sein wird und welche Belastungen auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen. Über diese drängenden Fragen hat sich die Ampel offenbar noch immer nicht verständigt. Für uns ist klar: Habecks Heizungsverbotsgesetz ist nicht zu reparieren und gehört in die Tonne!

HEIZUNGSVERBOTSGESETZ VERUNSICHERT DIE BÜRGER!

- Womit darf und kann ich heizen? **UNKLAR!**
- Wie hoch soll die Förderung sein und für wen? **UNKLAR!**
- Welche Altersgrenze befreit vom Heizungsverbot? **UNKLAR!**
- Wie sollen Mieter vor hohen Umbaukosten geschützt werden? **UNKLAR!**





Außenpolitik: Merz antwortet auf Regierungserklärung des Kanzlers

Koalition gibt Bild der Zerrissenheit ab

Die Bundesregierung gibt in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik ein Bild der Zerrissenheit ab. In seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers zum Europäischen Rat und zum NATO-Gipfel kritisierte CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz, dass die Bundesregierung ihre Nationale Sicherheitsstrategie „weitgehend ohne Abstimmung“ mit den Partnern in beiden Bündnissen verabschiedet habe. Deshalb sei die Strategie in EU und NATO „auf ein sehr verhaltenes Echo“ gestoßen. Auch die Bundesländer hätten in die Beratungen einbezogen werden müssen, weil sie für große Teile des Bevölkerungsschutzes verantwortlich seien.



Besonders kritisch bewertete er, dass die Regierung sich nicht auf die Einsetzung eines Nationalen Sicherheitsrates einigen konnte. Damit stelle sich die Frage, wie sie überhaupt umgesetzt werden solle. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sprach von einer „verpassten Chance“, denn ein Sicherheitsrat könnte in einer Krisenlage die Steuerung übernehmen. „Hier ging Parteipolitik vor staatspolitischem Interesse“, erklärte er. Als zwiespältig bewertete Dobrindt das Verhalten der Bundesregierung in der europäischen Asylpolitik. Einerseits trage sie den Kompromiss im EU-Ministerrat mit, andererseits wolle sie ihn bei den Verhandlungen mit dem Europaparlament wieder aufweichen. „Sie verspielen das Vertrauen unserer europäischen Partner“,

warnte der CSU-Landesgruppenchef.

Merz warf der Bundesregierung vor, mit ihren Streitereien in vielen Fragen auch die Fortentwicklung der Europäischen Union zu behindern. „Wir könnten in Europa wesentlich weiter sein, wenn es eine geschlossene Haltung in der Bundesregierung gäbe.“ Er bemängelte insbesondere die fehlende Abstimmung der Koalition mit Frankreich, unter anderem bei der Nationalen Sicherheitsstrategie. „Die Beziehungen zu Frankreich sind auf einem Tiefpunkt, seit Sie im Amt sind“, sagte er an die Adresse des Bundeskanzlers gewandt.

Die fehlende China-Strategie der Bundesregierung monierte Merz ebenfalls. Grund auch hier: Streit in der Bundesregierung. „Wenn aber Deutschland streitet, kann die Europäische Union keine Sicherheitsstrategie entwickeln“, mahnte er. Mit Blick auf die deutsch-französischen Regierungskonsultationen zu Anfang der Woche kritisierte der Fraktionschef erneut, dass Scholz auf Wunsch des chinesischen Ministerpräsidenten bei der Pressebegegnung im Anschluss keine Fragen von Journalisten zugelassen hatte. „Sie weichen zurück, hier in Berlin, vor einer solchen Anmaßung der chinesischen Regierung!“

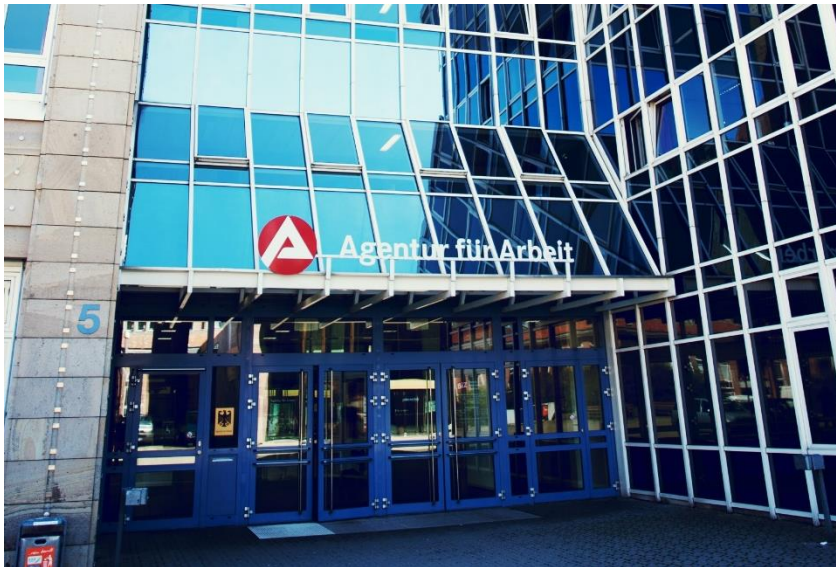


Fachkräfteeinwanderung: Bundesregierung läuft in die falsche Richtung

Ampel vermischt Asyl- und Arbeitsmigration

Der Bundestag hat mit den Stimmen der Ampel-Koalition eine Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes beschlossen. Mit dem Gesetz läuft die Ampel bei einem weiteren wichtigen Thema in die falsche Richtung. Es stimmt: Deutschland braucht in vielen Branchen Fachkräfte. Dafür müssen vorrangig inländische Potentiale noch stärker aktiviert und Menschen aus der EU für unseren Arbeitsmarkt gewonnen werden.

Für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten haben wir erst 2020 eines der modernsten Einwanderungsrechte zu Arbeitszwecken weltweit geschaffen. Statt zu evaluieren, wie diese Regelungen greifen, ändert die Ampel die Vorschriften nun in erheblichem Umfang erneut. Die Anhörung im Innenausschuss hat



ergeben, dass nicht die gesetzlichen Regelungen, sondern die überlangen Verfahren zum Beispiel in den Auslandsvertretungen das Hauptproblem sind. Zur Beseitigung dieses Problems trägt das jetzige Gesetz aber kaum etwas bei.

Stattdessen senkt die Ampel auf breiter Ebene die Qualifikationsstandards. Damit wird auch die Qualität der Arbeit in Deutschland perspektivisch sinken. Mit dem Punktesystem zur Jobsuche schafft die Ampel zudem ein bürokratisches Monstrum, das in einem Land wie Deutschland mit einem Überangebot an offenen Stellen und im Zeitalter digitaler Bewerbungen keinen Sinn macht.

Und schließlich vermischt die Ampel mit der Möglichkeit zum Spurwechsel für bis zu 160.000 Asylbewerber nun auch noch die Asyl- und Arbeitszuwanderung. Das ist gerade in der aktuell angespannten Migrationslage ein völlig falsches Signal. Richtig wäre es, mit einer verstärkten Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern die irreguläre Zuwanderung nach Deutschland spürbar zu begrenzen. Stattdessen schafft die Ampel ein neues Bleiberecht für nicht schutzbedürftige, irregulär nach Deutschland gekommene Migranten. Der Stichtag wird niemanden davon abhalten, sich in der Hoffnung auf ein künftiges Bleiberecht ebenfalls auf den Weg zu machen.

Offensichtlich hat die Ampel jeden Willen zu einer klugen Steuerung der Migration nach Deutschland aufgegeben. Das Asylverfahren darf nicht zu einer Art staatlich finanzierter Jobsuche-Möglichkeit in Deutschland werden.



Kürzung von Fördermitteln bei GAK, GRW und Städtebauförderung

Weisgerber: Bundesregierung saniert Haushalt zulasten ländlicher Räume

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde hat der Deutsche Bundestag zu befürchteten Kürzungen bei GRW, GAK und Städtebauförderung durch den Bundesfinanzminister debattiert. Dazu erklärt die Schwebheimer CSU-Bundestagsabgeordnete Anja Weisgerber:

„Die Bundesregierung setzt mit den Plänen, wichtige kommunal relevante Fördermittel wie GRW, GAK und Städtebauförderung zu kürzen, eindeutig die falschen Prioritäten. Mit dem bislang unwidersprochenen Ansatz des Bundesfinanzministers versucht die Ampelregierung den Bundeshalshalt zulasten ländlicher Räume zu sanieren.

Die Kürzung der Städtebauförderung sowie der Mittel der Gemeinschaftsaufgaben Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) und Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) werden insbesondere dünner besiedelte ländliche Räume treffen. Dort ist der Bedarf an entsprechender Strukturhilfe größer als in städtischen Ballungszentren.

Die Strukturhilfen und die Mittel der Städtebauförderung sind wichtige finanzielle Grundlagen zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wieder einmal verabschiedet sich die Bundesregierung von diesem Leitgedanken des politischen Handelns und setzt den Urbanisierungsdruck unbeirrt fort. Wenn aber immer mehr Menschen in städtische Ballungszentren ziehen, wird das am Ende mehr Kosten als jetzt kurzfristig bei Struktur-Förderprogrammen eingespart werden kann.“

Anja Weisgerber freut sich über Förderung aus den Bund-Länder-Programmen

7,92 Mio. Euro für Städtebauförderung

In diesem Jahr fließen aus den Bund-Länder-Städtebauförderprogrammen 7,92 Mio. Euro an die Kommunen im Wahlkreis Schweinfurt-Kitzingen. Diese gute Nachricht überbrachte die Bundestagsabgeordnete Anja Weisgerber: „Das ist eine großartige Nachricht für unsere Region.“

„Bund und Freistaat unterstützen mit der Städtebauförderung gemeinsam die Anstrengungen der Kommunen, die Wohn- und Lebensqualität in unseren Städten und Kommunen zu verbessern“, erklärt die Kitzingen Landtagsabgeordnete Barbara Becker. Gemeinsam mit der Schweinfurter Landtagskandidatin Martina Gießübel will sie sich in Zukunft für eine weiterhin gute finanzielle Ausstattung der Städtebau-förderung einsetzen. „Die verschiedenen Programme decken dabei die unterschiedlichen örtlichen Ausgangslagen ab, setzen Akzente und bilden passgenaue Förderangebote für die individuellen Verhältnisse und Vorhaben vor Ort“, so Martina Gießübel.



Als „bewährtes Förderprogramm für eine lebenswerte Heimat“ bezeichnet Anja Weisgerber die Städtebauförderung. Vor über 50 Jahren wurde diese als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen ins Leben gerufen. „Wir unterstützen damit unsere Kommunen, sich an

wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Veränderungen anzupassen“, so die Bundestagsabgeordnete. „Mit den Fördergeldern werden umfassende Sanierungskonzepte erstellt, öffentliche Räume gestaltet sowie denkmalgeschützte Ensembles saniert“, betont Anja Weisgerber.



Von der Städtebauförderung profitieren Kommunen aller Größenordnungen. In diesem Jahr erhalten neben Städten wie zum Beispiel Schweinfurt und Kitzingen auch kleine Gemeinden wie Mainstockheim, Wipfeld oder Oberschwarzach Mittel aus den Bund-Länder-Programmen. „Die Mittel der Städtebauförderung

sind wichtig, damit unsere Kommunen die oft aufwändigen Projekte vor Ort umsetzen können. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen“, so die CSU-Politikerinnen.

STÄDTEBAUFÖRDERUNG IM WAHLKREIS

Programm: „Lebendige Zentren“:

Schweinfurt: 780.000 Euro
Dettelbach: 772.000 Euro
Iphofen (Altstadt): 380.000 Euro
Iphofen (Mönchsondheim): 296.000 Euro
Mainstockheim: 142.000 Euro
Marktbreit: 60.000 Euro
Volkach: 1.520.000 Euro
Wiesentheid: 150.000 Euro

Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“:

Gochsheim: 520.000 Euro

Schonungen (Altort): 240.000 Euro
Schonungen (Mainberg): 80.000 Euro
Stadtlauringen: 560.000 Euro
Wipfeld: 96.000 Euro
Kitzingen: 288.000 Euro

Programm „Sozialer Zusammenhalt“:

Dittelbrunn (Ortskern): 108.000 Euro
Dittelbrunn (Hambach): 72.000 Euro
Niederwerrn: 618.000 Euro
Röthlein: 688.000 Euro
Gerolzhofen: 306.000 Euro
Oberschwarzach: 240.000 Euro



Mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm ein Jahr in die USA

Jetzt für PPP 2024/2025 bewerben

Der Deutsche Bundestag vergibt wieder Stipendien für ein Auslandsjahr in den USA. Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige können sich für ein Stipendium des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) für das Austauschjahr 2024/2025 auf <https://www.bundestag.de/ppp> bewerben. Die Bewerbungsfrist endet am 8. September 2023. Darauf weist die Schweinfurter Bundestagsabgeordnete Anja Weisgerber (CSU) hin. „Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Kongress für junge Deutsche und US-Amerikanerinnen und -



Amerikaner. Bundestagsabgeordnete übernehmen für die Jugendlichen eine Patenschaft“, erklärt die Abgeordnete.

Die deutschen Schülerinnen und Schüler besuchen in den USA eine High School; die jungen Berufstätigen gehen auf ein College und absolvieren anschließend ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb. Alle leben während des Austauschjahres in Gastfamilien, junge Berufstätige gelegentlich auch in Wohnheimen. „Die Stipendiatinnen und Stipendiaten lernen vor Ort den Alltag, die Kultur und die Politik der USA kennen. Zugleich vermitteln sie als Junior-Botschafterinnen und Junior-Botschafter Deutschlands ihre Erfahrungen, Werte und Lebensweisen“, erklärt Anja Weisgerber.

Die deutschen PPP-Stipendiatinnen und Stipendiaten werden nach einer unabhängigen Vorauswahl von den Patenabgeordneten in den Wahlkreisen nominiert. Welches Mitglied des Bundestages in einem Wahlkreis parlamentarischer Pate für das Austauschjahr 2024/2025 wird, entscheidet sich im Dezember 2023.

Bewerben können sich bundesweit Schülerinnen und Schüler, die zwischen dem 1. August 2006 und dem 31. Juli 2009 geboren wurden. Junge Berufstätige müssen bis zur Ausreise (31. Juli 2024) ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und dürfen zu diesem Zeitpunkt höchstens 24 Jahre alt sein. Das PPP-Stipendium umfasst die Kosten für die Reise, Vorbereitung und Betreuung sowie notwendige Versicherungen.

Gleichzeitig kommen jedes Jahr Stipendiatinnen und Stipendiaten aus den USA zu einem PPP-Austauschjahr nach Deutschland. Bei Ankunft in Deutschland besuchen die jungen Gäste einen Sprachkurs und reisen dann ab September zu Gasteltern weiter. Dazu werden wieder Familien gesucht, die bereit sind, die jungen Menschen ehrenamtlich in ihrem Haus aufzunehmen. Interessierte Familien können sich per E-Mail an den Deutschen Bundestag wenden ppp@bundestag.de.

Gleichzeitig kommen jedes Jahr Stipendiatinnen und Stipendiaten aus den USA zu einem PPP-Austauschjahr nach Deutschland. Bei Ankunft in Deutschland besuchen die jungen Gäste einen Sprachkurs und reisen dann ab September zu Gasteltern weiter. Dazu werden wieder Familien gesucht, die bereit sind, die jungen Menschen ehrenamtlich in ihrem Haus aufzunehmen. Interessierte Familien können sich per E-Mail an den Deutschen Bundestag wenden ppp@bundestag.de.



EU-Verordnung blendet sozio-ökonomische Folgen aus Natur schützen und nützen

Der Bundestag debattierte über einen Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der sich mit der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur befasst. Dazu erklärte die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Anja Weisgerber:

„Die EU-Kommission schießt mit ihrem Vorschlag zur Wiederherstellung der Natur über das Ziel hinaus. Es kann nicht darum gehen, einen vermeintlichen Urzustand wiederherzustellen. Im Gegenteil: Wir müssen unsere Ökosysteme fit für die Zukunft machen – zum Beispiel durch die Aufforstung von Wäldern mit klimaresilienten Bäumen. Den Naturschutz werden wir in unserem dicht besiedelten Land nur voranbringen können, wenn wir uns den Nutzungskonflikten stellen. Gleichrangige Interessen von Landnutzern und Naturschützern müssen in Einklang gebracht werden. Pauschale Flächenstilllegungen bringen uns nicht weiter. Von Bundesministerin Lemke erwarten wir Kooperation statt Konfrontation.“

Wir unterstützen den Grundgedanken der Verordnung, den Zustand von Natur und Umwelt in den EU-Staaten zu verbessern. Doch das muss praxistauglich ausgestaltet werden. Bei der Umsetzung der Verordnung wären die land- und forstwirtschaftliche Produktion und die Flächennutzung erheblich eingeschränkt. Die Bürokratie würde zunehmen.

Ebenso wäre es schwierig, Industrien wieder nach Deutschland zurückzuholen, wenn Gewerbeflächen fehlen. Für die wachsende Bevölkerung könnte nur wenig neuer Wohnraum geschaffen werden. Und bei steigendem Flächennutzungsbedarf können auch keine Windräder entstehen. Wir setzen auf einen ausgewogenen Ausgleich zwischen dem notwendigen Schutz der Biodiversität und der nachhaltigen Nutzung von Flächen. Es geht um beides: die Natur schützen und nützen.“



→ [Den Antrag der CDU/CSU-Fraktion können Sie hier nachlesen...](#)



Gießübel und Funk schwören Parteibasis auf Wahlkampf ein

Weisgerber erneut Kreisvorsitzende der CSU

Klare Entscheidung auf der Kreisversammlung der CSU Schweinfurt-Land: Die Bundestagsabgeordnete Anja Weisgerber bleibt auch in den kommenden zwei Jahren Kreisvorsitzende. Das Treffen in Geldersheim war gleichzeitig auch der Auftakt für den Landtags- und Bezirkstagswahlkampf. Die Direktkandidaten Martina Gießübel (Landtag) und Bezirksrat Stefan Funk nutzen die Gelegenheit, um die Unterschiede zu den anderen Parteien deutlich zu machen.

Landtagsdirektkandidatin Martina Gießübel forderte in ihrer Rede vor den 121 Delegierten mehr Wertschätzung für Mittelstand, Handwerk und Unternehmertum. „Sie sind der Jobmotor des Landes und Garanten für Chancen und Wertschöpfung im ländlichen Raum“, so die Grafenrheinfelderin. „Bayern ist das erste und einzige Bundesland mit kostenloser Meisterausbildung“, freut sich Gießübel. Dies sei ein starkes Zeichen für die berufliche Ausbildung in Bayern. Auch die Entwicklung der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt sieht Gießübel positiv: Auch dank des Einsatzes des bisherigen Landtagsabgeordneten Gerhard Eck investiert die Bayerische Staatsregierung 120 Millionen Euro in einen weiteren Neubau für den Studiengang Robotik. Schweinfurt werde so zum „Silicon Valley der Robotik“. Im Hinblick auf die Lebensmittelversorgung sprach sich die CSU-Landtagskandidatin für eine Stärkung der heimischen Landwirtschaft aus, um in diesem Bereich weniger abhängig von Importen zu sein.



Bezirksrat Stefan Funk, der als Spitzenkandidat die Bezirkstagsliste der unterfränkischen CSU anführt, unterstrich die kommunalpolitische Verwurzelung der CSU. „Unsere Mandatsträger vor Ort wissen, was die Menschen bewegt. Sie kümmern sich um die Anliegen

der Menschen, engagieren sich im Dienst der gemeinsamen Sache und machen lebensnahe Politik aus einem Guss – ohne Ideologie“, so Funk. Die CSU-geführte Staatsregierung sei auch ein treuer Partner der Kommunen: „In diesem Jahr stellt der Freistaat seinen Kommunen mit 11,16 Milliarden Euro so viel Geld zur Verfügung wie noch nie zuvor“, betonte der Bezirksrat. Angesichts derzeitiger Kosten- und Preissteigerungen würden auch die Städte und Gemeinden in der Region Schweinfurt von den zusätzlichen Finanzmitteln profitieren. „Alles, was verteilt wird, muss jedoch vorher erwirtschaftet werden“, mahnte Funk. „Nur wenn wir wirtschaftlich stark sind, können wir auch zukünftig sozial stark bleiben.“



In ihrem Rechenschaftsbericht warf Anja Weisgerber der Ampel-Koalition vor, den ländlichen Raum zu vernachlässigen und nur die Ballungsräume im Blick zu haben. „Die CSU bildet dazu das Gegenmodell ab“, betonte die Schwebheimerin. Beim Heizungsgesetz setze die Ampel nur auf Verbote statt Anreize und handle nicht im Interesse der Menschen im ländlichen Raum: „Heizen mit Holz ist eine nachhaltige Energieform und muss weiterhin auch im Neubau möglich sein.“ Derzeit sei bei diesem Gesetz noch vieles im Unklaren und die drei Koalitionsparteien würden dazu unterschiedliche Aussagen treffen. „Das ist das Ampel-Chaos, wie wir es kennen“, so Weisgerber, die sich in der Rolle der konstruktiv-kritische Opposition weiterhin für die Interessen der Menschen vor Ort einsetzen will. Auch die medizinische Versorgung auf dem Land ist Weisgerber wichtig: Die Vorschläge von Gesundheitsminister Lauterbach hätten zu einem Kahlschlag in der Krankenhaus-Versorgung geführt. Eine flächendeckende Versorgung wäre in Gefahr gewesen. „Über die Versorgung vor Ort müssen die Länder und Kommunen entscheiden“, betont Weisgerber. Eine starre Einteilung durch den Bund sei eindeutig der falsche Weg.

Bei den abschließenden Neuwahlen wurde Anja Weisgerber mit 91 Prozent der Stimmen als Kreisvorsitzende der Landkreis-CSU im Amt bestätigt. Veränderungen gab es bei den Stellvertretern: Christine Bender aus Kolitzheim, die zwölf Jahre in dieser Funktion tätig war, machte den Platz frei für Landtagskandidatin Martina Gießübel. Zum Dank gab es Blume und lobende Worte für Bender. Das Stellvertreter-Quintett vervollständigen wie bisher Barbara Göpfert (Fuchsstadt), Gabriele Jakob (Obbach), Manuel Kneuer (Gochsheim) und Thomas Siepak (Dürrfeld).

DER NEUGEWÄHLTE CSU-KREISVORSTAND

Kreisvorsitzende:

Dr. Anja Weisgerber, MdB (Schwebheim)

Digitalbeauftragte:

Vanessa Schmidt (Poppenhausen)

Stellvertretende Kreisvorsitzende:

Martina Gießübel (Grafenheinfeld)

Barbara Göpfert (Fuchsstadt)

Gabriele Jakob (Obbach)

Manuel Kneuer (Gochsheim)

Thomas Siepak (Dürrfeld)

Weitere Vorstandsmitglieder:

Georg Brückner (Schonungen)

Moritz Dekant (Üchtelhausen)

Dominik Dorsch (Kolitzheim)

Oliver Elflein (Gochsheim)

Peter Gehring (Heidenfeld-Hirschfeld)

Christian Götz (Dingolshausen)

Sebastian Hauck (Werneck)

Thomas Hemmerich (Geldersheim)

Christian Keller (Grafenheinfeld)

Laura Köpl (Gerolzhofen)

Corinna Pabst (Poppenhausen)

Beate Saal (Stadtlauringen)

Christopher Siepak (Gerolzhofen)

Schatzmeister:

Herbert Roßdeutsch (Theilheim)

Armin Strohacker (Gochsheim)

Schriftführer:

Philipp Röder (Werneck)



Wahlkreiswanderung und Familientag mit Anja Weisgerber und Gästen

Mit Anja auf Tour 2023

Auch 2023 heißt es wieder: Wanderstiefel schnüren und die Schönheiten der Region Schweinfurt-Kitzingen entdecken, bei der 10. Wahlkreiswanderung „Mit Anja auf Tour“. Die Kandidatinnen und Kandidaten der CSU für Landtag und Bezirkstag werden bei der Tour dabei sein und freuen sich – genauso wie ich – auf den Austausch und auf die Begegnungen mit Ihnen.

Freitag, 21. Juli 2023 (ca. 11 km): Ab 12.00 Uhr Eintreffen der Wanderer in **Schwemmelsbach**, 12.30 Uhr Wanderung nach **Wülfershausen**, Besichtigung der Kirche St. Kilian und Vitus, weiter nach

Burghausen, ca. 14.45 Uhr Kaffeepause, zurück nach **Schwemmelsbach**, Möglichkeit zur Besichtigung der Barocken Kirche St. Cyriakus, ca. 17.00 Uhr Schlusshock im Sportheim

Samstag, 22. Juli 2023 (ca. 12. km): 12.00 Uhr Begrüßung vor der TouristInfo am Rathaus **Schweinfurt**, 12.30 Uhr Wanderung am Main entlang, hoch zur **Peterstirn**, am Schadtturm vorbei, ca. 14.00 Uhr Kaffeepause im Gasthaus **Almrösl**, weiter durch den Wald über die **Dianeslust** zurück nach **Schweinfurt**, ca. 17.45 Uhr Schlusshock in der Weinstube Dahms

Sonntag, 23. Juli 2023 (ca. 9 km): Ab 12.00 Uhr Eintreffen der Wanderer in **Hüttenheim** an der Kirchenburg, Besichtigung Tante-Emma-Laden mit Sammlungen „Alte Waschmittel“ sowie im Fahrradmuseum, Wanderung durch das **Weinparadies Franken**, ca. 15.00 Uhr Kaffeepause in der Weinparadiesscheune, weiter nach **Seinsheim** und zurück nach **Hüttenheim**, ca. 17.30 Uhr Schlusshock im Winzerhof Gümpelein

→ [Den Flyer mit dem kompletten Programm gibt es hier...](#)

VORSCHAU: Mittwoch, 30. August 2023

CSU-Familientag im Freizeitland Geiselwind mit Anja Weisgerber und Dorothee Bär

- Vergünstigter Eintritt in das Freizeitland für Kinder und Erwachsene ab 1,00 Meter: 16,50 Euro!
- Für alle Kinder gibt es eine kleine Überraschung
- Anfahrt mit dem eigenen Pkw, keine Busfahrt

→ [Mehr Infos gibt es hier...](#)



Aus organisatorischen Gründen ist für alle Termine eine Anmeldung unbedingt erforderlich:
CSU-Geschäftsstelle Schweinfurt, unterfranken@csu-bayern.de, Telefon: 09721 94770



CSU-Regierungsprogramm beschlossen

Für ein starkes und stabiles Bayern

Der Parteivorstand der CSU hat einstimmig das Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2023 beschlossen. Die CSU steht für ein starkes und stabiles Bayern. Für uns ist klar: In Bayern lebt es sich einfach besser. Damit das so bleibt, haben wir in unserem Regierungsprogramm wichtige Weichen gestellt.

CSU-Parteivorsitzender Markus Söder stellt mit Blick auf die Landtagswahl und das Regierungsprogramm fest: „Unser Ziel ist es, dass sich auch Normalverdiener in Zukunft ein gutes Leben in Bayern leisten können.“ CSU-Generalsekretär Martin Huber: „Wir als CSU stehen für die Mitte der Gesellschaft, wir sind die Partei der Lebenswirklichkeit. Mit unserem Regierungsprogramm gilt das auch in Zukunft.“



→ [Mehr Informationen gibt es in einem CSU-Direkt...](#)

→ [Das Regierungsprogramm der CSU 2023-2028 finden Sie hier...](#)

Haben Sie Fragen oder Anregungen?

Ich freue mich über Ihren Brief, Ihre E-Mail oder Ihren Anruf.

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

Tel.: 030 227-79344

Fax: 030 227-76343

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen

Karl-Götz-Str. 17

D-97424 Schweinfurt

Tel: 09723 934370

Fax: 09723 934385

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

→ Klicken Sie auf die Symbole, und Sie gelangen zu meinen Profilen in den sozialen Medien.

